



WARUM DIE EUROPÄISCHE UNION SICH IN BERG-KARABACH ENGAGIEREN SOLLTE

1. Hintergrund

Seit dem Ende des Karabach-Krieges im Jahre 1994 hat die Europäische Union keinen Kontakt zu Berg-Karabach aufgebaut. Die Bevölkerung der Region, die zunehmend von humanitären Notlagen betroffen ist, wurde bei humanitären Hilfsprogrammen der EU regelmäßig außer Acht gelassen. Auch internationale Menschenrechtsorganisationen sind ihrerseits weitgehend untätig gewesen.

Die EU sollte sich daher für Berg-Karabach **humanitär** engagieren, ihre Bevölkerung unterstützen und mit ihrer Zivilgesellschaft und gewählten Vertretern konstruktiv zusammenarbeiten.

AGBU Europe ermutigt auch internationale Menschenrechtsorganisationen, die Situation in Karabach zu untersuchen und über dort begangene Menschenrechtsverletzungen, einschließlich solcher, die im Zusammenhang mit dem bewaffneten Konflikt begangen wurden, zu berichten.

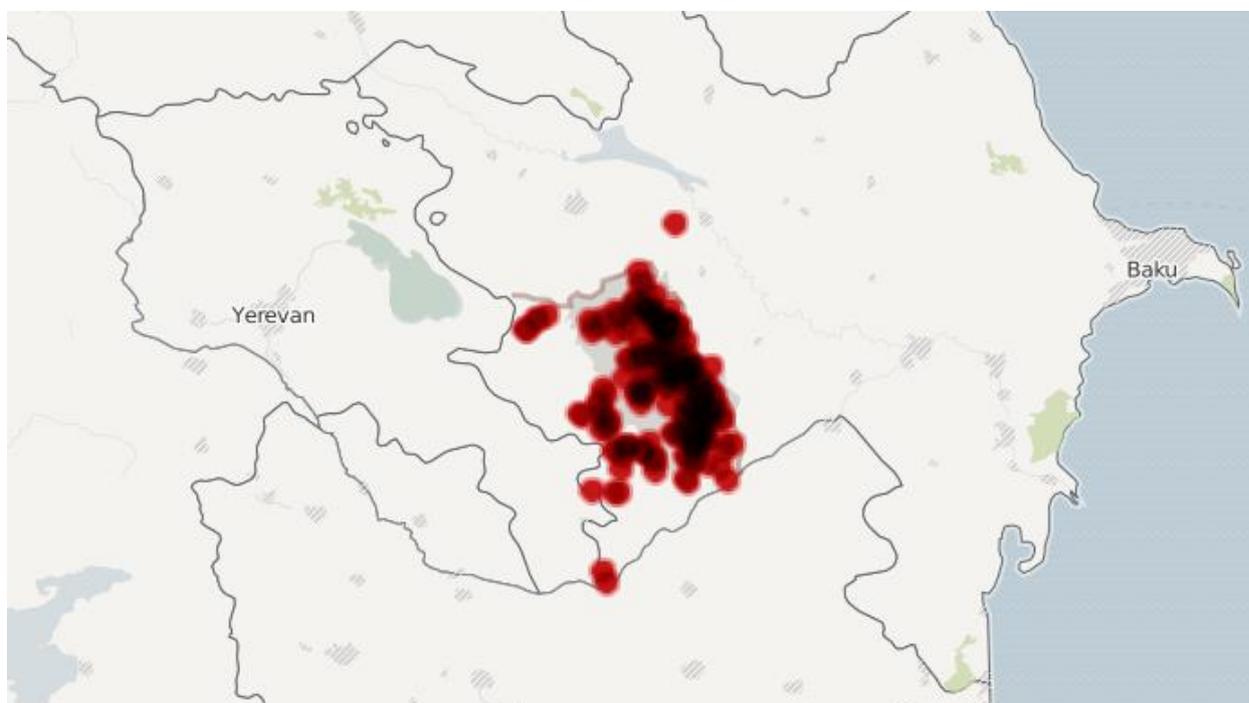
Während keiner dieser Schritte den Konflikt selbst beenden würde, würde die Isolation von Karabach gebrochen und dadurch ein wesentlicher Beitrag für die Sicherheit in der Kaukasusregion geleistet werden.



Berg-Karabach: Heute leben etwa 145 000 Menschen in Karabach. Sie stehen vor großen Herausforderungen.

2. Notwendigkeit der humanitären Hilfe

- Die jüngsten Kämpfe (02. bis 04. April 2016) haben eine Reihe von Dörfern zerstört und die erzwungene Vertreibung von Hunderten verursacht. Die armenischen Behörden in Karabach müssen nun die Ressourcen finden, um die verlorenen Häuser wieder aufzubauen und die vertriebenen Bevölkerungsgruppen wieder zu besiedeln.
- Die Bevölkerung leidet unter einem ständigen Kriegszustand. Die regelmäßigen Schüsse in Richtung Zivilbevölkerung haben den Tod von vielen Zivilisten zur Folge gehabt, während die Androhung von Gewalt die in den Grenzgebieten lebende Bevölkerung psychologisch stark belastet. Zum Beispiel leiden Berichten zufolge mehr als 86% der Frauen in Grenzdörfern unter psychischen Problemen wie Depressionen, Stress und leben unter neuropsychologischen Bedingungen, die mit den Härten des Lebens an der Grenze zusammenhängen.
- Nach Angaben von *Halo Trust* hat Berg-Karabach eine der weltweit höchsten Pro-Kopf-Minen-Unfallraten.



Seit dem Ende des Konflikts im Jahr 1994 gab es 370 zivile Opfer von Minen und Blindgängern in Berg-Karabach. Diese Karte zeigt, wo die Minenunfälle im Laufe der Zeit aufgetreten sind. (Quelle: Halo Trust)

- Die Folgen des weit verbreiteten Einsatzes von Panzerabwehrminen in Berg-Karabach waren besonders verheerend. Landwirte stehen vor der Wahl entweder große Landstriche unkultiviert zu verlassen oder ohne Einkommensmöglichkeiten ihr Leben zu riskieren.
- Karabach ist belagert. Mit Frontlinien im Norden, Osten und Süden, ist es mit Armenien (selbst unter Blockade durch die Türkei und Aserbaidschan) durch eine lange Bergstraße verbunden. Luftverkehr ist unmöglich, da Aserbaidschan gedroht hat, jedes Flugzeug, einschließlich ziviler Flugzeuge, abzuschießen. Diese Umstände erschweren es der Wirtschaft von Berg-Karabach, den Bedürfnissen der Bevölkerung gerecht zu werden.
- Ungeachtet politischer Gesichtspunkte, gibt es **aus moralischer und humanitärer Perspektive** keine Zweifel, dass Hilfe im Gebiet erforderlich ist. Die EU sollte die langlebige Bevölkerung Karabachs sowohl materiell als auch moralisch unterstützen, weil dies im

Einklang mit ihren Grundsätzen und Politiken steht: Die EU bietet allen Gebieten ihrer Nachbarschaft Unterstützung, unabhängig vom politischen Status der Region in Frage.

- Tatsächlich ist Berg-Karabach nicht der einzige nicht anerkannte *de-facto*-Staat in der europäischen Nachbarschaft: Südossetien, Abchasien, Transnistrien und Nordzypren teilen sich diese Merkmale und erhalten alle signifikante Unterstützung durch die EU. Kosovo, einst ein nicht anerkanntes Gebiet, hat insgesamt 2 Milliarden Euro an Unterstützung erhalten, ein Großteil davon bereits vor dem Prozess der internationalen Anerkennung.



EU-Förderprogramme in einigen nicht anerkannten Gebieten in Europa seit 1995

Es gibt also keinen Grund, Berg-Karabach im Hinblick auf humanitäre Unterstützung zu boykottieren.

Notwendige Unterstützungsmaßnahmen:

- Humanitäre Wiederaufbau- und Entwicklungsprojekte
- Unterstützung der Rückkehr und Integration von Vertriebenen in das lokale sozioökonomische Gefüge, einschließlich des Baus von Unterkünften
- Umbau von Häusern, Schulen, Krankenhäusern, Wasserversorgungs- und Bewässerungssystemen
- Maßnahmen zur Minenräumung
- Landwirtschaftliche Einkommensvorhaben zur Unterstützung der Landwirte als Ausweg aus der Armutsfalle
- Stärkung der lokalen Gemeinschaften - sozial und wirtschaftlich
- Unterstützung der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit durch die Zivilgesellschaft
- Erleichterung des Dialogs und Vertrauensbildung im Konfliktbereich

3. Stabilität im Kaukasus durch Überwachung der Einhaltung von Menschenrechten – Ein Interesse der Europäischen Union

Nicht nur aus humanitärer Perspektive ist der Boykott von Karabach durch die Europäische Union unverständlich und kontraproduktiv.

Seit dem Zerfall der Sowjetunion haben sich verschiedene europäische Institutionen bemüht, das europäische Modell und die Normen der Zusammenarbeit zwischen den Staaten auf die ehemaligen Sowjetrepubliken, einschließlich im Kaukasus, auszudehnen. Insbesondere die Europäische Union hat mit ihrer Europäischen Nachbarschaftspolitik und der Östlichen Partnerschaft einen Beitrag zu diesen Bemühungen geleistet, deren Ziel darin bestand, Stabilität, Demokratie und Wohlstand in diesen Ländern durch eine engere Integration in den EU-Binnenmarkt und eine engere politische Zusammenarbeit zu fördern. Die Vision war, dass die wachsende wirtschaftliche Verflechtung, verbunden mit einem breit angelegten Dialog, eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen Konfliktparteien ermöglichen könnte.

Allerdings hat die Östliche Partnerschaftspolitik in den letzten Jahren, insbesondere durch Instabilität in der Ukraine und im Kaukasus, ihre Grenzen überschritten. Als die EU sich seit Jahr 2003 in der Region verstärkt für die Förderung von Demokratie, Marktwirtschaft und Konfliktlösung einsetzen wollte, wandelte sich Aserbaidschan, ironischerweise, von einer autoritären in eine totalitäre Diktatur. Der Staat investiert erhebliche politische und diplomatische Energie und Mittel, um zu versuchen, die Blockade weiterhin durchzusetzen und sicherzustellen, dass ausländische politische Führer und Journalisten aus dem Gebiet bleiben. Dabei geht es auch darum, die regelmäßig stattfindenden schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen nicht in die Öffentlichkeit gelangen zu lassen. Aserbaidschan stellt sogar eine schwarze Liste all jener Persönlichkeiten zusammen, die nach Karabach gereist sind, und betrachtet sie als *persona non grata* in Aserbaidschan. Dies wurde im Fall Aleksandr Lapshin noch einmal deutlich. Der russisch-israelische Blogger ist im Dezember 2016 in Weißrussland festgenommen worden, nachdem die aserbaidische Regierung seine Verhaftung beantragt hatte. Grund war der Besuch des Bloggers in Berg-Karabach. Die derzeitige passive Haltung der EU wird oft als die beste Möglichkeit angesehen, sich mit beiden Seiten zu engagieren und die Region zu besänftigen. Da die aserbaidischen Behörden die Zusammenarbeit mit Armenien in multilateralen Gremien systematisch verweigert haben, haben die bisherigen Investitionen der EU in den Dialog offensichtlich keinen Brückenschlag zwischen Armeniern und Aserbaidschanern ermöglicht. Dies könnte sich jedoch ändern, wenn die EU für die Einhaltung der Menschenrechte in der Region konkrete Schritte unternähme. Denn die Kriegsgefahr in der Region ist sehr hoch. Dies wurde durch den Ausbruch des „4-tägigen Krieges“ im April 2016 noch einmal bestätigt. Ein Angriff auf mehrere Fronten durch aserbaidische Truppen führte zu heftigen Kämpfen und zahlreichen Opfern. Der Krieg hat aber auch Kriegsverbrechen mit sich gebracht, die bisher keine angemessene Beachtung durch die internationale Gemeinschaft gefunden haben: Kriegsgefangene wurden von aserbaidischen Soldaten in besonders barbarischer Weise hingerichtet. Auch Zivilisten wurden gefoltert und getötet.

Die Lage ist weiterhin angespannt und jedes Grenzgefecht könnte eskalieren, sich auf die gesamte Region ausbreiten und neue Flüchtlingsströme verursachen. Einige EU-Beamte weisen deshalb darauf hin, dass die Blockade von Berg-Karabach nicht im Interesse der EU sei. Der syrische Krieg ist ein Paradebeispiel für die tief greifenden Auswirkungen, die Konflikte in der europäischen Peripherie auf Europa haben können. Kann sich Europa wirklich einen weiteren vermeidbaren Krieg leisten?

Es ist daher Zeit, dass sich die EU für die Einhaltung der Menschenrechte in der Region engagiert und einen signifikanten Beitrag für die Stabilität im Kaukasus leistet.

Annex: Historische Entwicklung und politische Brisanz des Karabach-Konflikts

Berg-Karabach ist ein kleines Gebiet zwischen Armenien und Aserbaidschan. Die Ursachen für den Konflikt in der Region wurden bereits Anfang des 20. Jahrhunderts gesetzt. Nach der Oktoberrevolution und der Annexion der mehrheitlich von armenischer Bevölkerung besiedelten, abtrünnigen Region durch die Sowjetunion stimmte das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Russlands am 04. Juli 1921 in mehrheitlicher Abstimmung für die Angliederung Bergkarabachs an die Armenische SSR. Kurze Zeit später wurde die Entscheidung von Joseph Stalin revidiert, wobei Berg-Karabach sowie die mehrheitlich von Armeniern bewohnte Region Nachitschewan als sog. autonome Gebiete an die Aserbaidschanische SSR angegliedert wurden.

Ende der 1980er Jahre fühlte sich die überwältigende armenische Bevölkerung unter dem aserbaidschanisch-sowjetischen Regime rassistisch, ethnisch und religiös diskriminiert und bemühte sich, die Demokratisierung der Sowjetunion zu nutzen, um ihre Beschwerden zu äußern. Die Überreaktion der aserbaidschanischen Behörden in Form von Pogromen und Deportationen von Dorfbewohnern führte zur Bildung von Selbstverteidigungsgruppen, der Unabhängigkeitserklärung und der Gründung der Republik Berg-Karabach im Jahr 1991 und schließlich zu einem Krieg zwischen 1992 und 1994. Gegen alle Erwartungen, konnte die Selbstverteidigungsarmee Karabachs den Krieg für sich entscheiden, ein Friedensvertrag wurde aber nicht unterzeichnet. Stattdessen wurde im Mai 1994 zwischen Berg-Karabach, Aserbaidschan und Armenien ein durch Russland vermittelter Waffenstillstand geschlossen. Sie ist nach wie vor die einzige zerbrechliche Grundlage für den aktuellen Status quo.

Seit 1994 haben die Verhandlungen keine Fortschritte gemacht, da Aserbaidschan auf volle Souveränität über das Territorium beharrt, es aber ablehnt, der Bevölkerung Karabachs glaubwürdige Sicherheitsgarantien zu geben. Gleichzeitig weigert sich Aserbaidschan, direkt mit den Betroffenen, der Führung von Berg-Karabach, zu verhandeln. Dabei soll die Fiktion geschaffen werden, dass der Krieg nicht durch Diskriminierung gegen eine ethnische und religiöse Minderheit und die Unterdrückung des Selbstbestimmungsrechts verursacht wurde, sondern sich aus einer Aggression der Republik Armenien ergab. Die Republik Armenien ihrerseits weigert sich, im Namen der abwesenden Karabach-Verhandlungsführer aserbaidschanischen Forderungen zuzustimmen.

Nach mehr als 20 Jahren Verhandlungen, regelmäßigen tödlichen Grenzgefechten an der Kontaktlinie und dem Kriegsausbruch im April 2016 sind die Gespräche über den künftigen Status Karabachs aufgrund des Vertrauensverlusts zwischen den Parteien zu einer eher theoretischen Übung geworden. Der Krieg war die schwerste Episode seit dem Waffenstillstand von 1994. Die Beobachter des Konflikts haben jahrelang davor gewarnt, dass der Krieg zu jeder Zeit wieder aufflammen könnte. Armenier beklagen, dass vorherige Vereinbarungen in der Vergangenheit routinemäßig verletzt worden sind und dass der Krieg der aserbaidschanischen Seite die Möglichkeit für barbarische Handlungen gegeben hat, ohne völkerrechtlich zur Verantwortung gezogen zu werden. Sie sind zudem besorgt, dass das Niveau der feindlichen Rhetorik des aserbaidschanischen Regimes die friedliche Koexistenz der Konfliktparteien praktisch undenkbar macht.

Die Situation wird durch die geopolitischen Spiele im Kaukasus noch komplizierter: Russland versucht, seine Einflussphäre zu bewahren und auszubauen, die Türkei versucht, als einfaches Mitglied der Minsker Gruppe unter Verletzung ihrer Neutralitätspflicht auf Entscheidungsprozesse parteiisch Einfluss zu nehmen; während die USA auch im Kaukasus ihre globale Autorität zeigen und ihre strategischen Interessen verfolgen möchten. Baku ist ein bedeutender Ölproduzent und der Kaukasus ist ein Flaschenhals in der Kommunikation zwischen den Kontinenten, nicht zuletzt für den Transport von Kohlenwasserstoffen. Um eine direkte Einbeziehung regionaler, einander entgegengesetzter Mächte in den Konflikt zu verhindern und einen Krieg überregionalen Ausmaßes zu vermeiden, ist langfristige Stabilität mehr denn je gefragt. Dazu kann die EU einen konstruktiven Beitrag leisten.

CAMPAIGN FOR EUROPEAN UNION AID TO NAGORNO-KARABAKH
MY EUROPE ♥ NAGORNO-KARABAKH



AGBU
ARMENIAN GENERAL BENEVOLENT UNION
EUROPE

#4EUinKarabakh